

Gastkommentar. Dem Schulwesen mangelt es an der Vermittlung von allgemeinen Wissenschaftsgrundlagen.

Lernen, die Welt zu verstehen

VON GEORG PLATZER

Was Schule leisten soll, darüber scheiden sich bekanntlich die Geister. Auf ein Grundprinzip werden sich die Vertreter unterschiedlicher Bildungskonzeptionen aber verständigen können: Schule soll dabei helfen, die Welt zu verstehen. An dieses Ideal zu erinnern erscheint gerade jetzt besonders wichtig. Das Virus verlangt uns deutlich mehr ab, als wir uns je vorzustellen, und der gemeinsame Weg aus der Pandemie wird dadurch erschwert, dass einigen das „Weltverstehen“ auffallend schwerfällt: Fakten werden fehlinterpretiert oder geleugnet, Expertenmeinungen werden missverstanden, und die Wissenschaft als solche grundsätzlich infrage gestellt. Um – zumindest langfristig – Irrungen dieser Art entgegenzuwirken, kommt die Schule nicht umhin, ihren Beitrag zu leisten.

Wissenschaft, deren Errungenschaften und der damit verbundene Fortschritt sind die Basis unseres modernen Lebens. Ohne dabei immerfort wahrgenommen zu werden, durchdringt die Wissenschaft beinahe sämtliche Bereiche menschlichen Tuns und leistet ihren Beitrag zu Sicherheit, Wohlstand und Gesundheit. Wer also verstehen möchte, wie die Welt funktioniert, muss vor allem verstehen, was wissenschaftliches Denken und Arbeiten auszeichnet und worin die besondere Qualität wissenschaftlicher Erkenntnisse liegt. Ein Ort, an dem entsprechende inhaltliche Annäherungen möglich erscheinen, ist die Schule.

Es ist zweifellos so, dass sich schulrelevante Aspekte einzelner Fachwissenschaften bereits in den Lehrplänen der verschiedenen Jahrgangsstufen finden – woran es allerdings mangelt, ist die alters- und schulartenspezifische Vermittlung von allgemeinen Wissenschaftsgrundlagen. Erst ein entsprechendes Verständnis für das, was Wissenschaft in ihrem Wesen ausmacht, schafft die Voraussetzung für einen offenen und ehrlichen Blick auf die Welt.

Inhaltlich stünde dabei ein breites Feld offen, wie ein Auszug möglicher Inhalte zeigt: So könnte der Frage nachgegangen werden, mit welchen Methoden Wissenschaftstreibende zu ihren Ergebnissen gelangen, und wie sich ebendiese Methoden über die Zeit verändern. Erörtert werden könnte auch, inwieweit in der wissenschaftlichen Praxis allgemeine Aussagen getroffen werden dürfen – etwa bei Befragungen, Untersuchungen oder Experimenten. Es ließe sich weiters thematisieren, woran man die Wirksamkeit medizinischer Maßnahmen festmachen kann und wie entsprechende Studien aufgebaut sein müssen. Nicht zuletzt würde es auch lohnen, die Grenzen wissenschaftlicher Methodik zu thematisieren und zu klären, warum wissenschaftliches Wissen immer nur als vorläufiges Wissen verstanden werden darf. Schon dieser Minimalabriss an denkbaren Inhalten zeigt, welch lohnenswertes Potenzial in einer so verstandenen Wissenschaftsbildung läge.

Wissenschaftsbildung

Mittelfristig umgesetzt werden könnte ein solches Vorhaben an den Schulen etwa per Verankerung als Unterrichtsprinzip – wie es bereits bei der politischen Bildung oder der Gesundheitsförderung der Fall ist. Die entsprechenden Inhalte und Fachkompetenzen würden dann keinem speziellen Unterrichtsgegenstand zugeordnet, sondern in verschiedenen Schulfächern und Jahrgangsstufen ihre Abbildung finden. Auf kurze Sicht erscheint es zumindest sinnvoll, punktuelle Akzente zu setzen – etwa durch Workshops, fächerübergreifende Projekte oder die Anpassung konkreter Unterrichtsinhalte. In jedem Falle muss es gelingen, der Wissenschaftsbildung in den Schulen einen der Zeit angemessenen Rahmen zu schaffen.

Dr. Georg Platzer (geboren 1986) studierte Philosophie und Bewegung/Sport an der Uni Wien und ist Lehrender an einer AHS in Niederösterreich.

E-Mails an: debate@diepresse.com

UNGEIMPFTEN BITTE IN DEN NICHTRAUCHERBEREICH



Eine Impfpflicht wird unser aller Leben verändern

Unser Umgang mit der Impfpflicht wird nicht nur über den Verlauf der Pandemie entscheiden. Sondern auch über unser Zusammenleben.

VON THOMAS SAUTNER

Die Überlegungen zur Impfpflicht begann ich wie viele Österreicher, nachdem unsere Regierung beschlossen hatte, sich der Handvoll Pionierländer anzuschließen, die Impfen per Gesetz vorschreiben, neben der Präsidialdemokratie Indonesien und der Wahlmonarchie Vatikanstaat sind das etwa die autoritären Republiken Tadschikistan und Turkmenistan.

Beendet habe ich diesen Text über die Impfpflicht, nachdem ich mich von den Folgen meines dritten Sticks erfangen hatte. Die Injektion bewirkte einen dreitägigen Teil-Knock-out und Taumel und das ganz ohne winterlichen Punsch und Glühwein, denn die Wirtshäuser hatten ja wieder einmal zu, das Boostern kam also gerade recht. Anders als bei sämtlichen meiner bisherigen Impfungen (die berühmte Pockenimpfung inklusive) und anders, als es die Testimonial-Kampagne der Regie-

rung suggeriert, sind die Reaktionen nach der Verabreichung des Impfstoffs von Biontech-Pfizer jedenfalls bemerkenswert. Das deutsche Robert-Koch-Institut verzeichnete neben Schmerz an der Einstichstelle unter anderem Abgeschlagenheit (mehr als 60 Prozent), Kopfschmerzen (mehr als 50 Prozent), Muskelschmerzen und Schüttelfrost (mehr als 30 Prozent) sowie Gelenkschmerzen (mehr als 20 Prozent). Beim Vakzin von Moderna kommt in 20 Prozent der Fälle Erbrechen hinzu. Und ja, es gibt auch Menschen, die infolge der Impfnebenwirkungen im Spital behandelt werden müssen, einer Freundin von mir erging es so.

Altherrschaftliche Anmaßung

Die Impfreaktionen sind mitunter also vergleichbar mit einem milden bis mittleren Verlauf einer Covid-Erkrankung. Dass die Regierung Menschen per Impfpflicht zwingt, Körper und Gemüt diesem Zustand auszusetzen, erachte ich

auch bei abermaligem und abermaligem Überlegen als altherrenschäftliche Anmaßung und Körperverletzung.

Gewiss, die Impfreaktionen sind ungleich weniger schlimm als ein schwerer Covid-Verlauf und die Impfung schützt zumeist vor Long Covid. Dies sind auch zwei der entscheidenden, tatsächlich griffigen Argumente für eine Impfung.

Es sind neben dem besseren Ansteckungsschutz für meine Mitmenschen auch die Argumente, die mich überzeugt haben. Aber ich entschied mich gemeinsam mit Millionen anderer Österreicher aus freien Stücken für die Impfung. Ich nahm freiwillig in Kauf – und würde es wieder tun –, dass die Impfnebenwirkungen deutlich stärker sind als bei allen anderen Impfungen, und ebenso nahm ich das Risiko in Kauf, dass potenzielle Langzeitfolgen im Fall eines erstmals eingesetzten genetischen Impfstoffs schlichtweg noch nicht bekannt sein können.

PIZZICATO

Im Land der Dichter und Denker

Mit den Größen der Weltpolitik ist Wolfgang Ischinger auf Du und Du. Ausgeschlossen, dass der Ex-Diplomat und scheidende Chef der Münchner Sicherheitskonferenz den russischen Präsidenten als Sergej Putin ansprache oder den amerikanischen als Walter Biden – oder gar als Joe Putin und Wladimir Biden.

Die Namen der Überbringer der Nachrichten sind für den früheren deutschen Botschafter in Washington und London indessen Schall und Rauch. Als er neulich in den ARD-„Tagesthemen“ über die Ukraine-Krise sprach, redete er die Moderatorin Caren Misoga beharrlich – gleich drei Mal – mit Marietta Slomka, der Moderatorin des ZDF-„Heute Journals“, an. Eine Höchststrafe für die Journalistin, die ihn zu korrigieren versuchte: „Misoga heiße ich.“ Vielleicht hätte sie ihn als Rolf Aschinger anreden sollen. Dabei machte Caren Misoga von sich reden, als sie im TV-Studio vor einem Nachruf auf Robin Williams als Tribut an seine Rolle in „Der Klub der toten Dichter“ aufs Pult hüpfte und ausrief: „O Captain! My Captain!“

Dass es mit der Poesie in Deutschland hapert, haben sie auch im Bundestag erkannt. Was einige Abgeordnete beflügelte. „Mit rotgrünem Twitterkunst gewinnen wir des Volkes Gunst“, textete Ralf Stegner. Konstantin von Notz konterte: „Es wird auch hier noch schlichter im Land der Dichter und Denker.“ (vior)

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Sinn und Unsinn von Zutrittsfordernissen

Zum Umgang mit Corona-Maßnahmen im Kulturbetrieb

Ich war als dreimal Geimpfte in den vergangenen 14 Tagen in Auführungen der Staatsoper, des Theaters an der Wien und im Musikverein, Brahmsaal. Es erschließt sich mir nicht der Sinn der „gültigen Zutrittsfordernisse“, abhängig von der Auslastung des Saals (plus/minus 500), wenn ich im Brahmsaal ohne PCR-Test genauso eingepfercht sitze und genau solchen Menschenansammlungen ausgesetzt bin im Pausenfeuer und an der Garderobe wie in

Wie mag wohl das Mädél ausgesehen haben?

„Unser Dino: Ungesellig, träge...“, von Karl Gaulhofer, 12. 1.

Vergnügt habe ich über unseren Struthiosaurus gelesen und das Bild mit seiner Rekonstruktion betrachtet: Ein massiger, stacheliger Bursche (wie hoch/lang war er denn wirklich?) mit netter Grünzeugfresser-Schnauze (vermutlich vom scharfkantigen Schildkrötenmaul-Typus) und kleinen, verschlafenen blinzeln Augen.

Dabei frage ich mich, ob das denn wirklich ein Bursche war, und wenn ja, wie das dazugehörige Mädél ausgesehen haben mag? Gab es einen Geschlechtsdimorphismus? Haben die Struthis Eier gelegt oder Junge geboren? Und wenn er tatsächlich so ein extrem phlegmatischer, inaktiver Einsiedler war wie geschildert – wie, um Himmels willen, soll man sich sein Brumf- und Sexualverhalten vor-

die sind nämlich sehr agil, was das betrifft – sie tanzen, raufen und machen eine Menge Krach, bevor es zur Sache geht.

Ursula Berreis, 1130 Wien

„Sowohl-als-auch“ auch in der Verkehrspolitik

„Noch eine StraÙe? Wie planlos!“, v. Reinhard Seiß, „Spectrum“, 8. 1. Unsere Welt besteht nicht nur aus Schwarz und Weiß, sie birgt viele Nuancen dazwischen. So ist es auch in der Verkehrspolitik in Niederösterreich. Daher konnte und kann ich festhalten, dass uns die europäische Statistikbehörde die zweit meistgefahrenen Bahnkilometer pro Kopf in Europa attestiert, beinahe ein Drittel aller heimischen Bahnstationen in NÖ liegen und gleichzeitig der Autoanteil pro 1000 Einwohner sehr hoch ist. Das Verkehrsangebot in einem Flächenbundesland wie Niederösterreich funktioniert nur

Ja, die Forschung geht „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ davon aus, dass Spätfolgen unterbleiben werden, da der mRNA-Impfstoff nach kurzer Zeit abgebaut wird und sich nicht mehr im Körper befindet. Doch gerade in dieser Pandemie geschah schon so vieles vermeintlich Unwahrscheinliches.

FPÖ-Menschen: Lassen Sie es!

Wer also sollte es Menschen verdenken, wenn sie besorgt sind? Sie pauschal als Schwurbler, wissenschaftsfeindlich, Esoteriker, ungebildet oder gar als rechtsradikal zu verunglimpfen ist nicht nur beleidigend, es zeugt von eingeeengter Wahrnehmung.

Sollten FPÖ-Pressemenschen nun drauf und dran sein, diesen Text zu liken: Lassen Sie es. Denn tatsächlich ist es geradezu deprimierend, dass ausgerechnet die unwählbaren Entwurmungsfreiheitlichen die Einzigen im Parlament sind, die gegen eine Impfpflicht auftreten und sich nun den Wert Freiheit auf ihre völkische Fahne heften können. Zugelassen haben das alle anderen Parteien. Karl Kraus würde dieser Tage eine Burleske schreiben, um nicht restlos zu verzweifeln.

Tabubruch in Österreich

Tatsächlich bedeutete eine Impfpflicht einen Tabubruch in Österreich, dessen Tragweite vielen Entscheidungsträgern nicht bewusst zu sein scheint. Unser Wertesystem, unser sozialer Zusammenhalt und unser Demokratieverständnis nähmen schweren Schaden. Früher hatte man für derlei überschießende Maßnahmen ein passendes Sprachbild: Das Kind mit dem Bade ausschütten. Prosaisch formuliert: Der soziale und politische Kollateralschaden einer Impfpflicht wäre weit höher als der mittels ihr erreichte Nutzen.

Wir Menschen verschrieben uns in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte humanistischen Gesetzen. Die Idee war, dass sie uns tagtäglich leiten, insbesondere aber in unsicheren, in heiklen Zeiten. Eine Impfpflicht würde gegen die wichtigsten Parameter der Charta verstoßen.

DER AUTOR



Thomas Sautner (geboren 1970) ist Schriftsteller und Essayist. Er lebt in seiner Heimat, dem nördlichen Waldviertel, und in Wien. Zuletzt erschien bei Picus sein Roman „Die Erfindung der Welt“.

www.thomas-sautner.at [Beigestellt/v.C. Edhofer]

Gegen Artikel 1: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Gegen Artikel 2: Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach politischer oder sonstiger Überzeugung.

Aber die Freiheit ende doch dort, wo sie die Freiheit anderer gefährde, wird argumentiert. Und dass allein die Impfpflicht, also die Beschneidung der Freiheit vieler, der breiten Allgemeinheit die ersehnte Normalität zurückbringe und Lockdowns erspare. Diese Diskussion der Verhältnismäßigkeit wäre es wert, geführt zu werden, hätten sich unsere Hoffnungen in die freiheitbringende Wirkung der Impfung bestätigt.

Das gelindeste Mittel?

Bekanntlich ist das nicht der Fall. Die Impfung lindert den Krankheitsverlauf, aber sie schützt leider nicht ausreichend vor Ansteckung: Selbst in Ländern, die als Pioniere und Impfvorbilder gelten, etwa Israel, Portugal und Spanien, mussten die Regierungen kurz nachdem sie weltweit für ihre Impferfolge gefeiert wurden, die Freiheit der Menschen wieder einschränken.

Dennoch sei die Impfpflicht, argumentiert in Österreich selbst eine Partei, die sich liberal nennt, das „gelindeste Mittel“ gegen die Pandemie. Das zu behaupten ist, pardon, eine Chuzpe. Die Impfpflicht – das gelindeste Mittel? Die Verletzung der körperlichen Unversehrtheit, die Beschneidung der Selbstbestimmtheit eines Menschen – das gelindeste Mittel?

In Krisen zeigt sich bekanntlich, wer man im Kern ist. Bei Bürgern wie Politikern zeigt sich, wer besonnen bleibt und wer radikalen Maßnahmen das Wort redet. Wir alle, gleich, ob geimpft oder ungeimpft, können dieser Tage für uns im Geheimen den persönlichen Reset-Knopf drücken, die Dinge nochmals und frisch überdenken und schließlich entscheiden, welche Art von Mensch wir sein wollen: egoistisch oder sozial, reflektiert oder eigensinnig, gegen die andern oder mit den anderen.

Zwei Leitmotive mögen uns helfen bei unseren Überlegungen. Das erste stammt aus unser aller Kindheit und hat nichts an Lebensklugheit eingebüßt: Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem andern zu. Das zweite Motiv lernte ich in den letzten Jahren besonders schätzen: Toleranz ist der Respekt vor dem, was der andere für wahr hält. Möge die Übung gelingen.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



Ein Halleluja für zwei Influencer der Innenpolitik

Ohne Strache und Schmid wäre nie ein Schlaglicht auf viele Fehlentwicklungen der Vergangenheit geworfen worden. Nun besteht die Chance auf Änderung.

Ein Jahreswechsel ist eine gute Gelegenheit für einen Perspektivenwechsel. Blickt man also auf das vergangene Jahr zurück, so sieht man neue Chancen statt alter Verwerfungen. Dann zeigen sich ganz andere Möglichkeiten für Verbesserungen. Sie wären ohne die Turbulenzen seit 2019 wohl kaum aufgetaucht.

Wie schon einmal an dieser Stelle festgehalten, müsste die Republik Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zum Ibiza-Video gratulieren. Denn alles, was seither geschehen ist, steht in direktem kausalen Zusammenhang mit dessen Veröffentlichung: Ohne Ibiza kein Untersuchungsausschuss des Parlaments, ohne diesen keine Ermittlungen und kein Bekanntwerden der Chats von Thomas Schmid als Spitzenbeamten des Finanzministeriums, ohne diese... Man muss die Einzelheiten nicht wiederholen.

Das macht Strache wie Schmid zu den entscheidenden Influencern der Innenpolitik, wenn man den Begriff etwas weiter fasst: Sie sind mit Sicherheit Personen, „die aus eigenem Antrieb“ Inhalte produzierten und somit soziale (sprich auch: politische) Interaktionen auslösten. In diesem Sinn sollte man beiden dankbar sein.

Denn jetzt ist die Gelegenheit, Fehlentwicklungen der Vergangenheit abzustellen und zu verbessern. Jahrzehntelange unsaubere Gepflogenheiten sind keine Rechtfertigung zur Fortsetzung. Das wurde immer schon so gemacht, heißt es. Nur, was früher unrecht war, ist es jetzt auch. Das ist nicht auf Recht und Unrecht im juristischen Sinn begrenzt, sondern schließt Moral und Anstand ein.

Postenschacher, Inseratenkorruption, Interventionen in Steuerangelegenheiten, Missachtung der Institutionen, Verachtung einzelner Personen, Angriffe auf Justiz und Medien, auf all das wäre ohne Ibiza, ohne Ermittlungen der Justiz, ohne Chats kein Schlaglicht geworfen worden. Niemand muss jetzt darauf warten, bis die Politik, sprich die Regierung, aktiv wird. Da sollte man vorläufig auch nicht zu hohe Erwartungen

haben, wie ein Auftritt der neuen Medienministerin, Susanne Raab (ÖVP), in der „ZiB 2“ diese Woche zeigte. Mehr als die Ankündigung „höchst möglicher Transparenz“ bei Medienförderung und Inseratenvergabe war ihr nicht zu entlocken. In dieser Formulierung und den „Prozessen“, die aufgestellt und den Dialogen, die angestoßen werden sollen, liegt schon die höchstmögliche Verschwommenheit. Regierungsvertreter betonen jetzt ständig Prozesse und Dialoge. Wer aber bestimmt, ob etwas höchstmöglich und nicht doch noch verbesserungswürdig ist? Dass das Thema überhaupt auf die Tagesordnung kommt,

ist eine Konsequenz von Strache & Schmid. Es muss nur dort bleiben. Dafür zu sorgen ist Sache der Öffentlichkeit.

Diese ist, wie selten zuvor, jetzt gefordert, darauf zu achten, dass die Chancen, die sich durch die Ereignisse ergeben haben, auch tatsächlich ergriffen werden. Die Nagelprobe kommt im Frühsommer. Das Anti-Korruptionsvolksbegehren wird vom 2. bis 9. Mai zur Unterschrift aufliegen. Es wird die Chance für die Wählerinnen und Wähler sein, der Politik – und zwar auf allen Ebenen – eine eindeutige Botschaft zu senden: Es reicht! Sollte dieses Volksbegehren kein sensationell positives Ergebnis erzielen, wird es von der Politik als Beweis unserer Korruptionstoleranz und Gleichgültigkeit gewertet werden. Danach muss sich niemand mehr über Missstände alterieren. Es wird allerdings auch an den Initiatoren liegen, die bisher erstaunlich inaktiv gewesen sind, obwohl einer von ihnen von „mittelalterlichen Zuständen“ in Österreich gesprochen hat. Viele Punkte dieses Volksbegehrens können als Blaupause für Verbesserungen dienen.

Damit ist auch die Gelegenheit gekommen, mit der Unart der Schuldzuweisungen aufzuräumen und sich sonst hilflos zu geben. Nicht die Politik sollte, müsste, könnte, sondern die Zivilgesellschaft soll, muss, kann. Dann hätten sich die beiden Influencer wirklich Verdienste um die Innenpolitik erworben.

Damit ist auch die Gelegenheit gekommen, mit der Unart der Schuldzuweisungen aufzuräumen und sich sonst hilflos zu geben. Nicht die Politik sollte, müsste, könnte, sondern die Zivilgesellschaft soll, muss, kann. Dann hätten sich die beiden Influencer wirklich Verdienste um die Innenpolitik erworben.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien.
diepresse.com/rohrer

Am Montag in „Quergeschrieben“:
Gudula Walterskirchen

lichkeit für Individualverkehr hat.

Generell täte uns das Akzeptieren eines „Sowohl-als-auch“ und die Abkehr von Schwarz-Weiß-Denken gut.

Mag. Karl Wilfing, Präsident des NÖ Landtags, 3109 St. Pölten

Zuckerbrot oder Peitsche

„Impfpflicht für alle? ...“, Leitartikel von Iris Bonavida, 12. 1.

„Corona-Tausender“ versus Impfpflicht: Wir haben beides politisch noch in der Hand. Als eine Person, die „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)“ schon einmal geglaubt hatte zu verstehen, wage ich folgende These:

Den Zuckerbrot-Tausender für alle fertig geimpften Personen (=muss von der Wissenschaft noch genau definiert werden) sofort anbieten; dieser wird einige Milliarden Euro an Kosten verursachen. Intelligent verpackt wird er auch

sachen. Es werden vorerst zig Hunderte neue Mitarbeiter in den Bundesländern notwendig werden (Überstunden inkl.). Es wird nicht eintreibbare „Verwaltungsübertretungen“ und somit Einsprüche von Bürgerinnen und Bürgern und ihren rechtlichen Vertretern sonder Zahl geben. Heißt: Volkswirtschaftliche Kosten im Übermaß!

Eine kleine Kostenbeteiligung über „bezahlpflichtige Testungen“ kann die hospitalen Kosten (Long Covid VGR-mäßig noch gar nicht berücksichtigt) in keiner Weise ausgleichen, wäre aber kurzfristig äußerst hilfreich.

Mag. Harald Schauer, 2500 Wr. Neustadt

Ich habe das ewige Genörgel satt

Zum Umgang mit Corona
Ich habe Familie und Freunde in mehreren europäischen Ländern. Von allen Seiten höre ich, wie be-

ledigt wird. Das muss auch einmal gesagt werden. Ich habe das ewige Miesmachen und Genörgel in Österreich, sowohl des Staatsfernsehens als auch der Printmedien und der Opposition, satt. In keinem anderen Land ist das so schlimm wie bei uns. Wenn es eine Krise gibt mit allen Unsicherheiten, und eine solche machen wir zur Zeit zweifellos durch, sollten alle versuchen zusammenzustehen und die Bevölkerung nicht übermäßig verunsichern.

Ulrike Appel, 1010 Wien

Religionsfreiheit schützt uns alle

„Europa und die Freiheit des Christenmenschen“, „Déjà-vu“ von Hans Winkler, 8. 1.

Leider Gottes werden Christinnen und Christen ebenso wie Atheisten und Atheistinnen in einigen Ländern aus religiösen Gründen ver-

2020/19/0207). Die Religionsfreiheit schützt uns alle!

MMag. Wilfried Apfalter, Atheistische Religionsgesellschaft in Österreich

Die offene Gesellschaft und ihre Feinde

„Skepsis will gelernt sein!“, GK von Rudolf Taschner, 13. 1.

Rudolf Taschner ist zu danken, dass er seine Ansichten zur Rolle der Wissenschaft und des Wissenschaftsjournalismus in der aktuellen gesellschaftlichen Situation veröffentlicht. Denn hier geht es wohl um eine Kernfrage für „die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ (Karl Popper). Das vorge-schlagene Diktum „Fakten sind keine Frage von Glauben oder Meinung, sondern Tatsachen, die in systematischer wissenschaftlicher Arbeit bewiesen wurden“ weist Taschner zu Recht zurück. Denn nach ihm „kommt es nicht

Rolle der Wissenschaft in der Aufstellung von Hypothesen (spekulative Erklärungen) und deren anschließender Überprüfung im Experiment sah. Bei dieser Überprüfung geht es nach Popper um eine eventuelle Bewährung der Theorie und nicht um einen Beweis; somit Falsifikation und nicht Verifikation. Die Totalitarismen des 20. Jahrhunderts (Kommunismus, Faschismus) haben Popper zu diesen Erkenntnissen geführt.

Dr. Thomas Opferkuch, 1090 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE
Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
Online: Stefanie Kompatscher
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe:
Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/meinung
Debattenbeiträge müssen nicht der